



Aufrecht.

Zeitung des AfD-Kreisverbandes Dresden | #2 2021

Vom Corona-Lockdown in den Klima-Lockdown *Ein rasanter Verlust unserer Grund- und Freiheitsrechte auf Dauer?*

Bereits zu Beginn von Corona wurden durch die Politik erhebliche freiheitsbeschränkende Maßnahmen verfügt. Diese bedeuteten für uns alle Grundrechtseinschränkungen auf breiter Front. Nach der zweiten Welle kam die dritte Welle, ein Ende ist nicht in Sicht.

In der Öffentlichkeit wird der Versuch unternommen, das katastrophale Krisenmanagement darauf zu schieben, dass wir in Deutschland in einem föderalen Staat leben und die Länder ein zu starkes Mitspracherecht hätten. Es bedürfe einer bundeseinheitlichen Regelung, die zu guter Letzt im Bundesinfektionsschutzgesetz, als sogenannte Bundesnotbremse bekannt, beschlossen worden ist. Eine bundeseinheitliche Regelung bringt schon deshalb nichts, weil das Virus nicht an der Grenze Halt macht. Es geht um Macht.

Das Infektionsschutzgesetz hatte den gesetzgeberischen Zweck in Pandemiefälle Maßnahmen gegen Erkrankte ergreifen oder verfü-

gen zu können. Es impliziert zwar auch den Schutz der Allgemeinheit, gilt aber vornehmlich für die unmittelbar Betroffenen. Nunmehr über ein Jahr das gesamte Land faktisch lahmzulegen mit Verweis auf einen umstrittenen Inzidenzwert und eine Belegung von Intensivbetten, die, wie in den letzten Wochen berichtet, auch noch zu „Pandemie“-Zeiten reduziert wurden, ist ein verfassungsrechtliches Experiment mit stark freiheitsbeschränkender Wirkung für uns alle.

Es droht jedoch eine weitere Gefahr. Die Stimmen in der Politik, insbesondere bei den rot-grünen Parteien, werden immer lauter, wonach auch die „Klimakrise“ erhebliche Einschränkungen in die persönlichen Freiheitsrechte erforderlich machen würde. Die vermeintlich erforderliche Reduktion der CO₂-Emissionen, um die Klimaziele der Pariser Vereinbarung (Erderwärmung nur zwischen 1,5 und 2,0 Grad, die CO₂-Neutralität bis 2050) zu erreichen, künden

**KOMM UNTER
UNSERE FITTICHE**

[AFD-DD.DE](https://afd-dd.de) & MITGLIED-WERDEN

AfD

von erheblichen Einschränkungen in der persönlichen Freiheit. Vor einigen Monaten äußerte Karl Lauterbach in einem Interview mit dem Phoenix-Moderator Alfred Schier, dass auch wegen der Klimakrise erhebliche Freiheitseinschränkungen hinzunehmen seien. Er hielt es nicht einmal für ausgeschlossen, dass man wegen der Klimakrise viele Gewohnheiten verbieten müsse, wie etwa das Reisen oder bestimmtes Konsumverhalten. Schier fragte nach, ob er dies ernst meine, denn dies bediene ja genau das Argument derjenigen, die behaupteten, man ginge nahtlos von der Corona-Diktatur in die Klima-Diktatur über. Lauterbach meinte, das ließe sich nicht vermeiden.

Am 29.04.2021 hat das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss doch immerhin entschieden, dass die Bundesrepublik, weil sie dem Pariser Klimaabkommen beigetreten sei und derzeit mit dem Klimaschutzgesetz nur eine Regelung bis zum Jahr 2030 vorgenommen habe, verpflichtet sei, rechtzeitig Vorkehrungen für den Zeitraum nach 2030 zu treffen.

Das hatte zur Folge, dass bis 2025 ein weiterer „Klimarettungsplan“ vorgelegt werden sollte. Das Bundesverfassungsgericht verkürzte diesen Zeitraum nun bis zum 31.12.2022.

Das Gericht begründete dies mit dem Gebot größtmöglicher Vorsicht und damit, dass für derartige Regelungen das Gesetzgebungsverfahren und nicht ein



Verordnungsverfahren erforderlich sei. Maßnahmen im Hinblick auf die Erreichung der Klimaschutzziele nach 2030 müssten breit und allgemein in den Parlamenten diskutiert werden können.

Das Bundesverfassungsgericht stellte allerdings auch klar, dass, sofern man von der Prämisse des Klimaabkommens einmal ausgehe und man unterstelle, dass die Erderwärmung aufgehalten werden könne, der Gesetzgeber sich durch das Klimaabkommen und den Verweis im Klimaschutzgesetz selbst gebunden habe. Durch die Aufforderung des Gerichts, bis Ende 2022 Regelungen vorzulegen, ist davon auszugehen, dass der Auftrag des Gerichts bei einer künftigen rotgrünen oder schwarzgrü-



nen Regierung so verstanden wird, nun massiv mit Verbotsnormen reagieren zu können. Wie schön das funktioniert, hat man ja bereits bei der „Corona-Pandemie“ ausprobiert. Grundrechte garantieren die individuelle Freiheit. Ein verantwortungsvoller Bürger sorgt sich ohnehin um die kommenden Generationen. Die Verbotsorgien einer linksgrünen Ideologie braucht das Land nicht. In den letzten Jahren befanden wir uns nur im Krisenmodus (Lehmann-Krise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise, Klimakrise). All diese durch die Politik hervorgerufenen Krisen wurden dazu benutzt, unsere Grundrechte und unsere Freiheitsrechte Stück für Stück auszuhöhlen. Der grüne Klimawahn diktiert Verbote. *JK



Grundrechte sind keine Privilegien *Sie stehen jedem Bürger in unserem Land zu!*

Der Bundestag sprach sich am 06.05.2021 mit großer Mehrheit für Lockerungen für Geimpfte und Genesene aus. Auch der Bundesrat stimmte mehrheitlich dafür, so dass diese Lockerungen in Kraft treten können.

Damit tritt also genau das ein, wovor die AfD schon seit längerer Zeit gewarnt hat. Die Altparteien warfen uns damals in diesem Zusammenhang Panikmache und das Verbreiten von Falschmeldungen vor. Nun ist es Realität: Grundrechte zurück gibt es nicht für diejenigen

Bürger, die sich aus verschiedenen Gründen nicht impfen lassen wollen. Zudem sind wir mit dieser Entscheidung bei der indirekten Impfpflicht angekommen, da sich nun vermutlich sehr viele Menschen — die sich ursprünglich nicht impfen lassen wollten — einer Impfung unterziehen werden, um am Leben teilhaben zu können.

Die AfD-Fraktion hat als einzige Fraktion gegen diesen Antrag gestimmt. Die FDP enthielt sich, alle anderen Fraktionen stimmten für die Lockerungen.

„Radikal in den Wahlkampf“

Bericht vom 12. Bundesparteitag in Dresden

titelte die Tagesschau erwartungsgemäß auf ihrer Internetseite, als sie vom Parteitag der AfD in Dresden berichtete. Wenn man die Mainstream-Brille abnimmt und auf die Beschlüsse des Parteitages schaut, lässt sich konstatieren, dass die Formulierung „Konsequent in den Wahlkampf“ natürlich treffender gewesen wäre. Denn als einzige Partei packt die AfD die Fakten auf den Tisch und fordert politische Veränderungen, die längst überfällig sind.

Nehmen wir beispielsweise die Forderung nach dem Dexit, also dem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union.

„AfD ist für ein Europa der Vaterländer“

Seit Jahren muss die Einheitswährung und dieses Konstrukt einer Europäischen Union jeden Tag mit Milliarden gestützt werden. Dies geschieht über Garantien in Billionenhöhe, Bürgschaften, Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten und Banken, über „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“, „Europäische Stabilitäts-Mechanismen“, EU-Kurzarbeiterprogramme, zinsfreie Kredite, Verrechnungskredite – auch Target2 Salden genannt – sowie Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB usw.

Diese Auffangprogramme zeigen eindrucksvoll auf, dass diese EU gescheitert ist und deshalb war unsere Dexit-Forderung nur konsequent. Es macht doch keinen Sinn, über 20 Jahre eine Reformforderung ins Programm zu schreiben, obwohl jetzt schon erkennbar ist, dass diese EU einfach nicht reformierbar ist.

„AfD ist für längeren Bezug von Arbeitslosengeld“

Was wir möchten ist ein friedliches und freies Europa der Vaterländer, mit ei-



nem starken Zusammenhalt und einer fruchtbaren Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher sowie politischer Basis und zudem einer innereuropäischen Freizügigkeit, die keine Wünsche offenlässt.

Dazu brauchen wir aber weder eine gemeinsame Währung noch eine Zentralregierung, die unser Tun diktiert.

Nächstes großes Thema, welches von den Medien und der Politik wie eine Sau durchs Dorf getrieben worden ist, war die Zuwanderung.

„AfD ist für das japanische Einwanderungsmodell“

Wer mit offenen Augen durch Deutschland geht wird erkennen, dass durch die Asyl- und Zuwanderungspolitik der letzten Jahre unser Land großen Schaden genommen hat. Ein „Weiter so“ darf es definitiv nicht geben. Deshalb haben wir uns auf dem Parteitag für ein Einwanderungsmodell ausgesprochen, welches sich an Japan orientieren und nur noch benötigten Fachkräften die Einwanderung gestatten soll. Des Weiteren soll der Missbrauch der Asylge-

setze konsequent unterbunden und der ausufernde Familiennachzug gestoppt werden.

Das Asylrecht ist ein Individualrecht und darf nicht zum Familiennachzugsrecht für Hunderttausende werden.

Weitere Forderungen sind u. a. Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, Abschaffung Grundsteuer und Grunderwerbssteuer, Rückkehr zur Wehrpflicht, Erhalt des Bargeldes, Amtszeitbegrenzung des Bundeskanzlers auf zwei Legislaturperioden, Politiker sollen in die Rentenkasse einzahlen, Entschädigung für Ostrentner, die bei der Rentenüberleitung nach der Wende benachteiligt worden sind, längere Bezugsdauer von ALG I für langjährige Arbeitnehmer, Abschaffung der Rundfunkgebühr u. v. m. *AW

„AfD ist für die Abschaffung des Rundfunkbeitrages“

Das gesamte Bundestagswahlprogramm finden Sie unter:

www.afd.de/wahlprogramm

Geld für Asyl verprasst

Rentner sollen es ausbaden!



„Rente mit 63 soll wieder weg“, titelte BILD und zitiert aus einem „Geheim-Papier der Union“. Es scheint also ausgemacht zu sein, die Regelung zu kippen, wonach abschlagsfrei mit 63 Lebensjahren in Rente gehen darf, wer 45 Jahre lang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat. Wer einen Blick über die deutschen Grenzen wirft, wird feststellen, dass das Rentenniveau (nach 45 Beitragsjahren) in Österreich bei 80 Prozent liegt. Bei uns in Deutschland sind es nur 48,2 Prozent. In den Niederlanden bekommen Angestellte über 100 Prozent ihres früheren Einkommens als Rente. In Frankreich können Arbeitnehmer bereits mit 62 Jahren in Rente gehen und erhalten 73,6 Prozent. Die Italiener genießen ihren Ruhestand nach 32 Jahren Arbeit und erhalten 91,8 Prozent. Wer in Griechenland im öffentlichen Dienst gearbeitet hat, kann im Alter von 56 Jahren den Ruhestand genießen. Das Rentenniveau in Deutschland liegt unter dem OECD-Durchschnitt: 58,6 Prozent! Im Osten bekommen 40 Prozent der Rentner, die über 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, nicht einmal 1000 Euro Rente im Monat!

Hans-Werner Sinn prophezeite bereits 2015: „Rentenalter muss steigen, um Flüchtlinge zu ernähren“.

Nun soll das hohe Renten-Eintrittsalter weiter nach oben geschraubt werden. Angeblich auch, weil sonst Fachkräftemangel drohe. Wir erinnern uns an die Begründung führender Altparteien-Politiker, als 2015 die Grenzen offenblieben und über eine Million „Flüchtlinge“ ins Land strömten. Sie würden helfen, den Fachkräftemangel einzudämmen. Inzwischen sieht die Realität so aus: Rund drei Viertel der in Deutschland ansässigen Syrer leben ganz oder teilweise von Hartz IV. Das sind 74,9 Prozent (Quelle: BfA).

Das Märchen vom Fachkräftemangel, der durch Asyl-Einwanderung bekämpft wird, wird inzwischen schamhaft verschwiegen. Für diese völlig verfehlt Asylpolitik werden inzwischen 89 Milliarden Euro Steuergelder ausgegeben. Geld, das für eine ordentliche Rentenerhöhung gereicht hätte. *AH

Über 40.000 Strafanzeigen verschwiegen

Insgesamt 40.492 Strafanzeigen, die im Jahr 2020 von der Polizei bearbeitet werden mussten, finden sich nicht in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen. Das ergab eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Sächs. Landtag. Unter den verschwiegenen Fällen befinden sich etliche schwere Straftaten gegen das Leben sowie unter anderem 1.308 Sexualdelikte. Die Gründe für die Nichterfassung sind variabel, jedoch müssen alle Verfahren gründlich bearbeitet werden.

Sollen Statistiken geschönt werden?

Es wäre ohne Probleme möglich, die Fälle ohne sogenannte PKS-Freigabe, also z.B. solche, die nicht hinreichend konkretisiert werden konnten, oder die aus Richtlinien Gründen nicht einzeln erfasst werden, gesondert auszuweisen. Dies ist eine Frage der Transparenz und Ehrlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit und den Bürgern. Werden diese Straftaten hingegen nur auf Verlangen von Abgeordneten herausgegeben, entsteht der Eindruck, dass hier die Statistik geschönt werden soll.

Brennende Asylunterkünfte

Immer öfter musste die Feuerwehr in Dresdner Asylunterkünften zum Einsatz. Bei den Brandursachen handelte es sich mehrheitlich aber nicht um technische Defekte, sondern um Straftaten. Eine AfD-Anfrage im Sächs. Landtag ergab, dass es im Jahr 2020 in Dresdner Asylunterkünften zu 22 Branddelikten (Sachbeschädigung, Brandstiftung, schwere Brandstiftung) gekommen ist. Die ermittelten 22 ausländischen Tatverdächtigen kommen fast alle aus islamischen Ländern.





Eine große rechte Fraktion für ein Europa der Vaterländer?

Die rechten Parteien waren in Brüssel immer einflussloser, als die Wähler es wollten. Das liegt daran, dass sie oft gegeneinander statt miteinander arbeiteten. Von 2014 bis 2019 waren sie in drei Fraktionen aufgesplittet, und Viktor Orbans Fidesz-Partei war gar bei der CDU. 2019 gelang es, aus drei Rechtsfraktionen zwei zu machen. Fidesz blieb aber bei den Christdemokraten und Nigel Farages Brexit-Partei schloss sich keiner Fraktion an.

Das Ergebnis: Ursula von der Leyen wurde zur Kommissionspräsidentin gewählt – mit den Stimmen der ungarischen Fidesz und der polnischen PiS, bei Stimmenthaltung der Brexit-Partei. Hätten die Engländer gegen von der Leyen gestimmt, wäre sie schon durchgefallen.

Nun bietet sich für die Rechten eine echte Chance. Die Christdemokraten, die in Brüssel nochmal links der deutschen CDU stehen, haben die ungarische Fidesz aus ihrer Fraktion herausgeekelt. Nun beginnen die Verhandlungen, damit sich alle Rechten einigen: Von Marine Le Pen in Frankreich über die spanische VOX, die italienische Lega von

Matteo Salvini und die ebenfalls starken Fratelli di Italia, Österreichs FPÖ, den Vlaams Belang, Geert Wilders PVV, die Schwedendemokraten bis hin zu Polens PiS, Ungarns Fidesz und zahlreichen weiteren Parteien aus nahezu allen EU-Staaten. Die AfD ist dabei.

Natürlich gibt es viele Hindernisse, aber trotz vieler Differenzen und Probleme laufen die Gespräche, sind die Beteiligten optimistisch und gibt es – entgegen manchen Gerüchten – keine Absagen an unsere Adresse.

Die EU der Linken und Grünen ist zutiefst antieuropäisch. Sie, aber auch die Scheinkonservativen von CDU oder FDP, wollen nicht an die gemeinsame Tradition des Abendlandes anknüpfen, sie wollen sie zerstören. Wenn wir das abwehren wollen, müssen sich alle Rechten und Konservativen zusammenschließen. Dann sind wir zweitstärkste Fraktion mit ausreichend Machtmitteln. Einen Austritt Deutschlands aus der EU, wie es ja die AfD fordert, wird es vorerst nicht geben. Wir sind dazu verurteilt, mit den Partnern in den anderen Ländern den Kampf zu führen. Gemeinsam können wir viel erreichen. *MK

KREISVERBAND DRESDEN



Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden
Wilsdruffer Str. 11
01067 Dresden

E-Mail: vorstand@afd-dd.de

Redaktion:	René Lange
V.i.S.d.P.:	André Wendt
Gestaltung und Satz:	Stephan Rose
Druck:	Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe:	40.000 Stk.
Ausgabe:	Nr. 3 / Mai 2021
Bildnachweise:	S. 8 - pixabay, S. 12 Bundestag wahlkreise.2021dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

Legende:

AW	= André Wendt
MK	= Dr. Maximilian Krah
AH	= Andreas Harlaß
JM	= Jens Maier
JK	= Dr. Joachim Keiler
MD	= Marco Dittrich
StaFra	= AfD-Stadtratsfraktion Dresden
SLT	= AfD-Fraktion Sachsen

Wer CDU wählt, wählt Grün (und andersherum)



Dass die Grünen bei der CDU auf Kuschelkurs sind, ist schon seit längerem zu beobachten, in der Sondersitzung des Rechtsausschusses am Tag vor der Abstimmung des 4. Bevölkerungsschutzgesetzes wurde dies aber in besonders bestürzender Weise offensichtlich.

Die Obfrau der Grünen hielt einen etwa 4-minütigen Vortrag dazu, weshalb die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes und die Bündelung von Zuständigkeiten beim Bund verfassungsrechtlich bedenklich seien. Insbesondere verwies

sie -völlig zutreffend- auf die Verfassungswidrigkeit der Ausgangsbeschränkungen. Dann stellte sie kleinlaut klar, ihre Fraktion würde sich bei der Abstimmung enthalten. Da dachte ich: Wie bitte? Wie kann man bei dieser völlig richtigen, dazu noch juristisch vernichtenden Einschätzung der geplanten Gesetzesänderungen für Enthaltung plädieren?

Da muss man doch dagegen sein. Flankiert wurde das Ganze noch dadurch, dass während der Aussprache noch

nicht einmal der Text in seiner Endbearbeitung vorlag und so niemand im Saal wusste, worüber genau schlussendlich abgestimmt wird. Ein Blanko-Scheck für die Regierung seitens der Grünen.

Politische Opportunität ist den Grünen eben wichtiger als das von ihnen verachtete deutsche Volk. Die CDU wird es ihnen in der künftigen Koalition danken; mit Sicherheit! *JM



Die sagt „Danke“

Sag beim Abschied leise servus, laut der Beginn eines bekannten Lieds. Die SPD macht das vor ihrem Abflug in die Opposition anders: sie sagt „Danke“ und verteilt Geschenke an ihre getreuen Unterstützer. Dazu gehört an vorderster Stelle die Antifa mit ihren gewaltbereiten Untergruppierungen.

Das SPD geführte Justizministerium hat einen Entwurf vorgelegt, wonach die Verbreitung von sog. „Feindeslisten“ unter Strafe gestellt werden soll. Für die Denunziationsplattformen der Antifa hätte das auf einen Schlag das Aus bedeutet.

Nachdem die Vertreterin der Antifa im Deutschen Bundestag, Martina Renner (Linke), sich dazu lautstark geäußert hatte, wurde nun eine Verweisungsnorm in den Entwurf eingefügt, die dazu führt, dass die gesamte, mit öffentlichen Geldern geförderte Diffamierungs- Bedrohungs- und Diskreditierungs-Infrastruktur der Antifa von dieser geplanten Strafnorm unangetastet bleibt. Auch linke Journalisten können mit ihren Schmutzkampagnen so weitermachen wie bisher.

Ein Geschenk an die Antifa und deren Unterstützer. *JM

Unfair?

Wir halten dagegen!

Im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (AWIG) wurde unter TOP 1 abgestimmt, dass zur geplanten Änderung des Abgeordnetengesetzes eine Anhörung von Sachverständigen erfolgen soll. Die Änderungen sollen eine höhere Transparenz über die Einkünfte von Abgeordneten schaffen. Das ist sinnvoll, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben. Alle stimmten dafür, auch wir von der AfD. Unter TOP 2 sollte nun darüber abgestimmt werden, dass auch ein Gesetzentwurf der AfD in die Anhörung miteinbezogen wird. Die Einbeziehung hätte dazu geführt, dass die Sachverständigen auch die Vorschläge der AfD hätten begutachten müssen. Sie hätten dazu eine Stellungnahme abgegeben. Das war den anderen Fraktionen aber offenbar zu gefährlich. Außer uns stimmten alle dagegen, angeblich deshalb, weil der Fall Amthor in der Begründung genannt wurde. Thomas Seitz (AfD BaWü) hat als Reaktion auf diese Frechheit in seiner Rede bei der ersten Lesung im Bundestag alle CDU-Abgeordneten (11) genannt und noch einmal öffentlich gemacht, die in den jüngsten Korruptionsskandalen verwickelt sind. *JM

Mehr Herz für Tiere!



Die ehrenamtliche Tierheim-Chefin Renate S. (Name geändert) stöhnt auf: „Ich habe weder Platz noch Geld für Tierarzt und Futterkosten“, klagt sie. Jemand hatte ihr erneut eine verletzte Katze gebracht. So wie in der letzten Woche schon. „Wahrscheinlich angefahren“, sagt sie.

Wie Frau S. geht es vielen Helfern in Tierschutzvereinen. Sie leiden unter finanzieller Not. Kaum Unterstützung durch die öffentliche Hand stehen einer Vielzahl herrenloser Fundtiere oder Hunden und Katzen aus Qual-Haltungen gegenüber. Hinzu kommen veraltete, teils kaputte Gebäude, steigende

Kosten durch unvermittelbare Tiere, die krank, zu alt oder verhaltensauffällig sind. Bekannte Zustände, ohne dass etablierte Parteien wirkungsvoll etwas unternehmen. Für die AfD ist das Thema Tierschutz und Tierwohl kein Randthema. Zwar heißt es laut Artikel 20a des Grundgesetzes: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung“, dennoch sind wir von einem tatsächlichen Tierschutz weit entfernt, wie die teils desolaten Lagen von Tierschutzvereinen belegen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Import von

Hunden aus Ost- und Südeuropa nach Deutschland zum immer größeren Problem wird. Viele dieser „Importe“ wurden viel zu früh aus dem Wurf entfernt, sind weder geimpft, noch entwurmt. Sie sind oft krank und landen dann, weil die Besitzer sie krank nicht wollen, in Tierheimen. Deutschlands Grenzen stehen aber offen wie Scheunentore. Tier schmuggler nutzen das aus. Die Lösung dieses Problems kann also nur lauten: Grenzkontrollen wieder einführen und die meist ehrenamtlich arbeitenden Tierschutzvereine finanziell besser ausstatten.

Mehr Herz für Tiere sollten wir uns leisten. *AH

Gendern in Zeiten von Corona

Lockdown, Insolvenz, Arbeitslosigkeit. Wer glaubt, dass Dresden alle Kraft darauf verwendet, die durch die verfehlte Corona-Politik verursachte, für viele Menschen existentielle Krise zu bewältigen, irrt. Im Juli 2020 fanden die Mitarbeiter der Verwaltung genügend Zeit, eine vielseitige Broschüre zur „Ge-

schlechtergerechten Sprache in der Verwaltung“ zu schreiben. Statt Krisenmanagement also Gender-Gaga. Bekanntlich wird neuerdings die Genetik außer Kraft gesetzt. In Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen soll „diskriminierungsfrei“ ein breites Spektrum „geschlechtlicher (Nicht-) Identifikationen angesprochen werden: gender-queer, nichtbinär, trans*. Wobei die „Identitäten“ beliebig erweiterbar sind: ob 34, 60 oder gar tausend Geschlechter, die „Exzel-

lenz-Forscher“ an den Gender-Lehrstühlen sind sich noch nicht ganz sicher.

Bis zur Gleichbehandlung der Geschlechter im gesamten Schriftverkehr der Stadtverwaltung ist es aber noch ein weiter Weg. Formulare, Rundschreiben oder Bescheide der Landeshauptstadt „geschlechtergerecht“ anzupassen, ist harte Arbeit, die belohnt werden muss: die Verfasser der Broschüre durften sich Ende 2020 über eine Corona-Sonderzahlung freuen. *StaRaFra

Die Tücken der Briefwahl

Lag der Anteil an Briefwähler 1990 noch bei rund 10%, stieg dieser Wert bis zur letzten Bundestagswahl 2017 auf knapp 29%. Wie die jüngsten Landtagswahlen gezeigt haben, ist ein Ende dieser Entwicklung nicht in Sicht. Selbst Bundeswahlleiter Georg Thiel sieht die seit Jahren steigende Zahl der Briefwähler kritisch. „Eine hohe Wahlbeteiligung ist gut für den demokratischen Willensbildungsprozess. Die Verfassung und die darauf beruhenden Gesetze sehen aber die Stimmabgabe an der Urne, also am Wahlsonntag, als Grundsatz vor“, sagte Thiel bereits 2019 der Funke Medien-gruppe.

Doch nicht nur die rechtliche Situation ist kritisch zu bewerten. Der Wahlgang und damit das Recht und die Verantwortung an der politischen Teilhabe verkommt immer mehr hin zu einer in unserer Gesellschaft längst verankerten Konsumorientierung. Gedacht als Ausnahmeregelung mit hohen Hürden für tatsächlich verhinderte Wähler, kann heutzutage quasi per Mausklick die Briefwahl ohne Begründung beantragt werden. Die geheime und freie Wahl an der Urne wird so als Familienereignis am heimischen Esstisch ersetzt. Wo man an der Wahlurne nur seinem Gewissen folgen muss, ist man zu Hause gegebenenfalls seinem sozialen Umfeld



aus-, oder wird gar unter Druck gesetzt. Auch Kinder können so schon früh in Ihren zukünftigen Wahlverhalten beeinflusst werden.

Der potentielle Briefwähler nimmt sich aber auch selbst die Hoheit seiner Entscheidung bis zur tatsächlichen Stimmabgabe am Wahltag. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gerade unmittelbar vor der Wahl Ereignisse eintreten können, welche die Wahlentscheidung maßgeblich beeinflussen könnte. Nehmen wir die erst jüngst vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bekannt gewordenen Maskenaffären verbunden mit Korruptionsskandalen. Die Liste der Ereignisse kurz vor Wahlen ist lang.

Besonders kritisch zu sehen ist aber der Ablauf der Briefwahl selbst. Der Grundsatz der Öffentlichkeit einer Wahl gebietet, dass alle Schritte der Wahl der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dass ist bei der Wahl per Brief aber lediglich bei der Auszählung gewährleistet. Weder ist sicher, dass die Unterlagen per Post ankommen, noch lagern die ausgefüllten Stimmzettel unter öffentlicher Kontrolle.

Das schafft nicht nur Raum für Manipulationen. Zahlreiche öffentlich gewordene Meldungen von Wahlfälschungen der letzten Jahre unterstreichen diesen Aspekt deutlich. Nehmen Sie Ihr Recht und Ihre Verantwortung wahr und gehen Sie persönlich wählen. *MD



Kaum positive Tests an Schulen!

Eine Anfrage der AfD im Sächsischen Landtag Ende April ergab, dass bisher 1,5 Millionen Corona-Tests an sächsischen Schulen durchgeführt wurden und die Tests nur 1.861mal positiv waren. Das entspricht einer Quote von 0,12 Prozent oder anders ausgedrückt, 99,88 Prozent der Tests waren negativ.

Diese Zahlen beweisen erneut, dass in

den Schulen keine verstärkte Virusübertragung stattfindet und Schulschließungen oder Einschränkungen absolut unverhältnismäßig und inakzeptabel sind.

Für unsere Kinder ist der Endlos-Lockdown mit all seinen Einschränkungen eine einzige Katastrophe.

Neben den kaum noch aufholbaren Bil-

dungslücken nehmen psychische Probleme der Kinder und Gewalt in den Familien dramatisch zu.

Viele Kinder und Eltern sind aufgrund der Doppelbelastung von Heimunterricht und der Arbeit zu Hause mit den Nerven am Ende. Die Politik der CDU und ihrer Unterstützer hat folglich nur Verlierer produziert.

Volles Programm beim Russland-Besuch

Ende der Sanktionspolitik gefordert

Sachsens AfD-Chef Jörg Urban besuchte im April mit einer Delegation der sächsischen Staatsregierung die russische Hauptstadt Moskau.

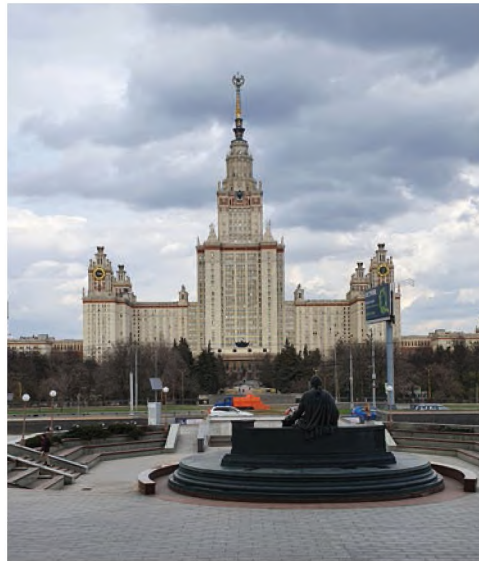
Das Besuchsprogramm war dicht gepackt. So wurde beispielsweise in der Lomonossow-Universität eine Kooperationsvereinbarung mit der Dresdner Uniklinik unterzeichnet.

In verschiedenen Gesprächsrunden fand ein Austausch mit Vertretern halbstaatlicher Organisationen wie Menschenrechtsbeauftragten, Ökologischer Bewegung, der ehemaligen russischen Vertreterin im NATO-Russlandrat, sowie mit einer Vertreterin eines Beirates für strategische Ressourcenplanung statt. Ein weiterer Höhepunkt war die Ausstellungseröffnung „Träume von Freiheit, Romantik in Russland und Deutschland“. Sie kommt im Oktober nach Dresden.

Außerdem standen Treffen mit den Leitern deutscher Einrichtungen in Russland auf dem Plan: mit dem deutschen Botschafter, dem Leiter der Deutschen Schule, der Leiterin des Goetheinstitutes und der Leiterin des Deutschen His-

torischen Institutes. Die beiden letztgenannten Einrichtungen haben seit der Verhängung der Sanktionen und dem Ukrainekonflikt erschwerte Arbeitsbedingungen.

Bei einem Treffen mit einem der Stell-



vertreter des Wirtschaftsministers begegnete man der sächsischen Delegation mit Interesse, obgleich dabei durchaus unterschiedliche Auffassungen zutage traten. Vertreter der russischen und der sächsischen Wirtschaft beklagten die verschlechterten Rahmenbedingungen

für gemeinsame Geschäfte seit der Einführung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und der darauffolgenden Gegensanktionen von russischer Seite. Außerdem traf sich Urban mit dem russischen Politologen Prof. Alexander Dugin und besuchte den Friedhof der deutschen Kriegsgefangenen. „Gerade Orte wie dieser erinnern uns daran, welchen Blutzoll die Völker Russlands und Deutschlands bezahlen mussten, weil Politiker die Konfrontation wollten.“, so Jörg Urban.

„Ich hoffe, es ist mir gelungen, bei den russischen und deutschen Gesprächspartnern deutlich zu machen, dass die AfD klar für ein sofortiges Ende der Sanktionspolitik steht, unabhängig davon, wie lange sich der Konflikt im Donbass noch hinzieht oder ob die Ukraine weiter von der Rückeroberung der Krim träumt.“, so Jörg Urbans Fazit der Reise.

„Russland darf nicht schlechter behandelt werden als andere Partnerländer wie China oder Saudi-Arabien, deren Menschenrechtslage und Demokratie aus unserer Sicht kritikwürdig ist, gegen die aber keine Sanktionspolitik betrieben wird.“ *SLT



Grüner Pass

Der Einstieg in ein Chinesisches Sozialkreditsystem light?

Ab Ende Juni 2021 soll in Deutschland und weiteren 12 EU-Ländern das Digitale Grüne Zertifikat (im Folgenden Grüner Pass genannt) eingeführt werden. Dabei handelt es sich um einen digitalen Impfausweis, der in Zukunft u.a. für Reisen innerhalb der EU benötigt wird.

Der Inhaber weist damit nach, dass er gegen Covid-19 geimpft wurde, vor kurzem negativ auf Sars-Cov2-Viren getestet wurde oder innerhalb der letzten 6 Monate an Covid-19 erkrankt war.

Die teilnehmenden Staaten können selbst festlegen, welche Vorteile oder Sanktionen damit in ihrem Land verbunden sind. Was vor kurzem noch als eine sogenannte „Verschwörungstheorie“ bezeichnet wurde, wird Italien schon diesen Sommer umsetzen. Dort wird es künftig nur noch mit Grünem Zertifikat möglich sein, Familienangehörige in orangenen oder roten Zonen zu besuchen.

Die eigentlich voraussetzungslosen Grundrechte werden nur denjenigen bis auf Widerruf zurückerteilt, die be-

reit sind sich mit einem neuartigen Mittel spritzen zu lassen oder alternativ ihre „Ungefährlichkeit für Andere“ immer wieder aufs Neue nachzuweisen. Im nächsten Jahr soll der Grüne Pass Bestandteil der elektronischen Patientenakte werden. Somit fließt die Information über den Impfstatus dann in eine zentrale Datenbank, der Totalüberwachung ist Tür und Tor geöffnet.

Mit Einführung des Grünen Passes wird ein an China erinnerndes System installiert, in dem ein bestimmtes Verhalten vom Staat belohnt wird. Man kann davon ausgehen, dass der Status des Getesteten und Genesenen nach einer Übergangszeit entfallen werden und danach ausschließlich Impfungen die Teilnahme am Leben ermöglichen werden.

Damit ist dann die Impfpflicht durch die Hintertür eingeführt und das Grundgesetz wird unter dem Vorwand der Volksgesundheit dauerhaft ausgehebelt.

Bis zum Klimapass ist dann nur noch eine Frage der Zeit.



X-Akten

Auf der Suche nach den „verschwundenen“ Intensivbetten

Unsere Krankenhäuser sind Wirtschaftsbetriebe, die in 2020 mit chaotischen Entscheidungen der Regierungspolitiker zurechtkommen mussten. Sie konnten im Frühjahr 2020 eine große Anzahl planbarer Operationen nicht durchführen. Die Meldung vorgeblich knapper Intensivbettenkapazitäten sorgte dafür, dass die gleichgeschalteten Medien in der Bevölkerung Ängste schürten. Diese Ängste stellen sich als unbegründet heraus, wenn man betrachtet, wie die Krankenhäuser die Anzahl der Intensivbetten nach Bedarf anpassen können. Auf das gesamte Land bezogen bestand seit März 2020 niemals ein Notstand an Intensivbetten.

Erhielten Krankenhäuser am Anfang der politisch motivierten Pandemie noch 50.000 Euro Bonus für jedes zusätzliche Intensivbett plus Freihalteprämien von 560 Euro pro ausgebliebenen Patienten und Tag (was zu einer künstlichen Erhöhung der Intensivbetten führte), trat zum 18. November 2020 die Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in Kraft. Von da an war die Gewährung der Ausgleichszahlungen u.a. daran gekoppelt, dass die Intensivstationen mindestens 75% Auslastung haben. In der Folge wurde nur noch die Bettenanzahl „geliefert“, um die geförderte Auslastungsquote von 75 % möglichst zu erzielen.

Am 30. April 2021 veröffentlichte das Bundesgesundheitsministerium einen Bericht, dass auf das gesamte Jahr 2020 nur vier Prozent aller Intensivbetten mit Corona-Patienten belegt waren.

Sch*** auf Grundrechte!

Altparteien stimmen gegen Normenkontrollklage

Am 06.05.2021 hat sich mal wieder eindrucksvoll gezeigt, dass es nur eine Oppositionspartei im Deutschen Bundestag gibt. Die AfD-Fraktion brachte aufgrund der enormen Grundrechtseingriffe einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht — wegen des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite — ein. Dem Antrag hätten mindestens 178 Abgeordnete zustimmen müssen, was einem Anteil von mindestens einem Viertel der Abgeordneten entspricht. Der Antrag wurde von allen Altparteien-Fraktionen abgelehnt. Die Ablehnung von CDU/CSU, SPD und

B90/GRÜNE war klar, immerhin waren es ja genau diese Parteien, die das 4. „Bevölkerungsschutzgesetz“ aktiv bzw. passiv (die Grünen enthielten sich) unterstützt haben. Die Fraktionen von FDP und LINKEN wurden im Vorfeld von der AfD-Fraktion kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Insbesondere von der FDP — die sich in der Öffentlichkeit gerne als besonders kritisch geriert — kam weder eine Antwort noch stimmten Mitglieder dieser Möchtegern-Oppositionspartei unserem Antrag zu. An diesem Beispiel zeigt sich wieder, wie es um die anderen Parteien bestellt ist und warum die AfD so wichtig für unsere Land ist.

Vermüllung durch „Asylbewerber“



In mehreren Dresdner Wohngebieten mit einem hohen Anteil von „Asylbewerbern“ gibt es seit Jahren immer wieder Probleme mit illegal vor den Häusern abgestelltem Sperr- und Hausmüll. Die Sperrmüllberge werden immer größer, die Mietnebenkosten steigen und so wächst auch der Unmut der Anwohner. Seit Monaten ist die AfD-Stadtratsfraktion an dem Thema dran. Sie konnten sich durch Anfragen an den Oberbürgermeister, aber auch durch viele Gespräche mit Betroffenen vor Ort selbst ein Bild machen.

In einem durch die AfD-Fraktion organisierten Gespräch mit Ordnungsbürgermeister Sittel konnte ein betroffener Anwohner der Michelangelostraße von wiederkehrenden nächtlichen Ruhestörungen durch laute Partys, von Vandalismus wie zerstörten Eingangstüren und beschmierten Wänden und illegaler Entsorgung von Sperrmüll vor den Häusern berichten. Diese Zustände existieren bereits seit Jahren, so die Do-

kumentationen des Anwohners. Nach dem Gespräch bei Bürgermeister Sittel gab es nun endlich Rücksprachen mit dem Vermieter und mit städtischen Ämtern. Unter anderem wurde bestätigt, dass Anwohner sich immer wieder über Lärmbelästigung, verschmutzte Müllsammelplätze und sogar über Rattenbefall beschweren. Daraufhin führte der gemeindliche Vollzugsdienst vier Wochen lang regelmäßige Kontrollen in diesem Gebiet durch, die das Problem der illegalen Müllablagerungen bestätigten. Die Abteilung „Bürgeranliegen“ im Dresdner Rathaus zog folgendes Fazit: „Das Problem ist bekannt, alle Partner sind sensibilisiert, allerdings wechseln oftmals die Mieter und den Problemen mit Lärm und Müll ist schwer Einhalt zu gebieten.“ Um wen es sich bei diesen „schnell wechselnden Mietern“ konkret handelt möchte die Verwaltung lieber nicht benennen.

Die AfD-Stadtratsfraktion bleibt weiter dran. *StaRaFra

**Keine
Wohnung ohne
Bleibeaussicht!**

Die AfD-Stadtratsfraktion hat einen Antrag zum Stopp der Anmietung von Wohnungen und zur Kündigung der bestehenden Mietverträge von „Asylbewerbern“ gestellt, die nur noch geduldet, vollziehbar ausreisepflichtig sind oder deren Asylverfahren noch läuft. Da diese Personen mehrheitlich entweder kein Asylrecht in Deutschland haben oder das erst festgestellt werden soll, gibt es keinerlei Grund dafür, deren Integration über dezentrale Unterbringung zu fördern, wie von Grünen, Linken und SPD gefordert. Generell ist Asylrecht nur ein zeitweiliges Bleiberecht und nicht zum dauerhaften Aufenthalt oder zur Einwanderung gedacht.

5,16 Euro/m² Betriebskosten bei Wohnungen von „Asylbewerbern“

Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in Dresden bedeutet diese Praxis der Stadt eine Gefährdung des sozialen Friedens. Bei den exorbitanten Betriebskosten, die lt. einer Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion mit 5,16 Euro/m² mehr als das Doppelte des Durchschnitts betragen, laufen die Behauptungen der Linken-Sozialbürgermeisterin ins Leere, eine zentrale Unterbringung würde höhere Kosten verursachen. Zusätzlich erleichtert es den Zugriff der Polizei bei Abschiebungen, die beim Aufenthaltsstatus des Personenkreises jederzeit notwendig werden können. Laut einer AfD-Anfrage waren zum 31.12.2020 von insgesamt in Dresden lebenden 10245 Personen im Kontext/Flucht 1713 vollziehbar ausreisepflichtig. *StaRaFra

UNSERE KANDIDATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL



Jens Maier

Dresden 1

159

StB Prohlis

StB Leuben

StB Loschwitz

StB Neustadt

StB Pieschen

StB Klotzsche

160

OS Langebrück

OS Schönborn

OS Weixdorf

Ottendorf-Okrilla

Wachau

Radeberg

Groß



Andreas Harlaß

Dresden 2 / Bautzen 2

OS Schönfeld-Weißig

StB Prohlis

Name: **Jens Maier**
Geb.-Datum: 10. 02. 1962
Geburtsort: Bremen
Dresdner seit: 1991
Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder
Erlerner Beruf: Volljurist
Letzter Beruf: Mitglied des Bundestages seit 2017, vorher 20 Jahre Zivilrichter am LG Dresden
AfD-Mitglied seit: 2013
Hobbys: Motorrollerfahren, deutsche Literatur, klassische Musik, Kino
Ich stehe für: Freiheit, Wiederherstellung des Rechtsstaats und Beseitigung von Vollzugsdefiziten, Sicherheit und Ordnung sowie Bekämpfung von Amtsmissbrauch und Korruption
Schwerpunkte Berlin: Zurückdrängung von Islam und Antifa, Zivil- und Zivilprozessrecht (z.Bsp. Bekämpfung von Mietnomaden), Transparenzregeln für Abgeordnete und Lobby-Register
Internet: <https://afd-maier.de>
Spenden an den Kandidaten
Empfänger: AfD KV Dresden
IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13
BIC: OSDDDE81XXX
(Ostsächsische Sparkasse Dresden)
Verwendungszweck: Spende BTW 2021 Jens Maier

Name: **Andreas Harlaß**
Geb.-Datum: 25. 12. 1961
Geburtsort: Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)
Dresdner seit: 1992
Familienstand: Verheiratet, 3 Kinder
Erlerner Beruf: Koch
Letzter Beruf: Abteilungsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
AfD-Mitglied seit: 2014
Hobbys: Holzarbeiten, Schießsport, Hund, Lesen, Kochen
Ich stehe für: Sozialen Patriotismus, Natur- und Heimatschutz, Traditions- und Denkmalpflege
Schwerpunkte Berlin: Erhaltung und Förderung von Traditionsbauten, Tierwohl fördern, GEZ-Abwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Internet: <https://andreas-harlass.de>
Spenden an den Kandidaten
Empfänger: AfD KV Dresden
IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13
BIC: OSDDDE81XXX
(Ostsächsische Sparkasse Dresden)
Verwendungszweck: Spende BTW 2021 Andreas Harlaß

Quelle: Bundestagswahlkreise 2021 Dresden.de